

Challenges for Obama's second half of his presidency. What's new on the agenda?

von *Torsten Grapat*

Am 20. Januar 2009 wurde Barack Obama als der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in sein Amt eingeführt. Knapp anderthalb Jahre sind seitdem vergangen. Ein Zeitraum, in dem Obama sich zahlreichen Herausforderungen in der Innen- und Außenpolitik stellen musste. Mit Blick auf die im November anstehenden Zwischenwahlen, die regelmäßig auch eine Reflexion über die erste Hälfte der präsidentialen Amtszeit bedeuten, zogen das Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS) e.V. und die Deutsch-Amerikanische Juristen-Vereinigung (DAJV) e.V. eine erste Bilanz.

Über die vergangenen und gegenwärtigen, aber vor allem auch über die zukünftigen Projekte des amerikanischen Präsidenten sprach die Generalkonsulin der Vereinigten Staaten von Amerika in Düsseldorf, Janice G. Weiner, am 18. Mai 2010 vor gut 30 Gästen im Düsseldorfer „Malkasten“.



Gleich zu Beginn ihres Vortrages machte Janice G. Weiner deutlich, dass es vor dem Hintergrund der zahlreichen Projekte des amerikanischen Präsidenten eigentlich kaum zu glauben sei, dass seine Wahl erst 18 Monate zurückliege. Dabei wies sie mit Blick auf die Kriege im Irak und in Afghanistan sowie die weltweite Finanzkrise auf große Problemstellungen und Herausforderungen hin, unter deren Eindruck Obama in sein Amt gestartet war.

Im Anschluss gab die Generalkonsulin einen Überblick über die zahlreichen Gesetzgebungsprojekte, die in Obamas bisheriger Amtszeit umgesetzt werden konnten. Dabei dürfe man neben der gegenwärtigen Begeisterung für die Gesundheitsreform nicht übersehen, dass es bereits in den ersten Monaten seiner Amtszeit mit dem *American Recovery and Reinvestment Act* (ARRA) – auch *Stimulus* genannt – gelungen sei, als Reaktion auf die Finanzkrise eines der durchschlagendsten Gesetzesvorhaben zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf den Weg zu bringen.

Die Reform des Gesundheitswesens sei aber zweifelsohne der bisher größte Erfolg des Präsidenten. Es handle sich um das wichtigste Rechtssetzungsprojekt aller Zeiten, an dessen Umsetzung bereits viele Amtsinhaber vor Obama gescheitert seien. Gerade im Gesundheitsbereich stellten Reformvorhaben immer eine innenpolitische Herausforderung dar. So sei auch der *Social Security Act* von 1965, aus dem die Programme *Medicare* und *Medicaid* hervorgingen, seinerzeit von schwierigen Debatten begleitet worden. Grundlegende Veränderungen riefen in jedem Land auch Widerstände hervor; in diesem Zusammenhang seien etwa die mit der jetzigen Reform einhergehenden Steuererhöhungen im Bereich des Mittelstands zu nennen. Trotz dieser Einschnitte müsse man aber anerkennen, dass Obamas Reform nun endlich die schon lange angestrebte Stabilität und Sicherheit in den Gesundheitssektor bringe.

Darüber hinaus machte Janice G. Weiner in diesem Zusammenhang deutlich, dass die Reform neben dem innenpolitischen Erfolg auch für das außenpolitische Handeln des Präsidenten von enormer Bedeutung sei. Obama habe auch gegenüber seinen internationalen Partnern gezeigt, dass er schwierige Projekte im Innern durchbringen könne, und damit seine außenpolitische Position gestärkt.

Um die Breite der legislativen Maßnahmen der vergangenen Monate aufzuzeigen, nannte Janice G. Weiner neben dem ARRA und der Gesundheitsreform beispielhaft weitere Rechtssetzungsprojekte wie etwa den *Lilly Ledbetter Fair Pay Act*, den *Children's Health Insurance Reauthorization Act*, den *Stem Cell Research Enhancement Act* oder den *Hate Crimes Prevention Act*.

In diesem Zusammenhang ging die Generalkonsulin auch auf Obamas Nominierung von Elena Kagan zur Verfassungsrichterin ein. Es sei etwas besonderes, dass Obama mit ihrer Nominierung bereits das zweite Mal in seiner Amtszeit einen Vorschlag für die Stellenbesetzung am U.S. Supreme Court machen könne. Andere Präsidenten hätten ihr Vorschlagsrecht während einer Amtsperiode häufig nur ein einziges Mal ausüben können. Bedeutsam sei Kagans Nominierung auch, weil Obama bereits im vergangenen Jahr mit Sonia Sotomayor ebenfalls eine Frau zur Verfassungsrichterin ernannt habe. Damit wären nun drei Frauen am Obersten Gerichtshof tätig; eine Situation, die es in der Vergangenheit noch nie gegeben habe.

Anschließend ging die Generalkonsulin auf die außenpolitischen Projekte des Präsidenten ein. Hier nannte sie zuvörderst die Erarbeitung einer Exit-Strategy für den Einsatz im Irak sowie die Schließung des Gefangenenlagers in Guantánamo Bay; ebenso wies sie auf die Strategie zur Auffindung von Al-Qaida-Kämpfern hin. Im Hinblick auf die außenpolitische Positionierung der USA machte Janice G. Weiner deutlich, dass Obama großen Wert auf die Konsultierung seiner Verbündeten und Freunde lege. Die Vereinigten Staaten bräuchten Partner, und es sei dem Präsidenten wichtig, deren Rat einzuholen und ihnen zuzuhören. In diesem Zusammenhang sei auch das Abkommen über die atomare Abrüstung zwischen Obama und dem russischen Präsidenten Medwedew zu nennen, das als Meilenstein für die nukleare Sicherheit und das amerikanisch-russische Verhältnis gelte.

Zusammenfassend analysierte Janice G. Weiner die gesamtpolitische Situation in den Vereinigten Staaten und wagte einen Blick in die Zukunft. Durch die bevorstehenden Zwischenwahlen im November werde zwar die Umsetzung einiger Projekte erschwert, doch gebe es Vorhaben im Finanzsektor, die auch die Republikaner nicht ablehnen könnten. Herausforderungen sehe sie in den Bereichen Energie- und Klimapolitik.

Wolle man – auch politisch – vorausblicken, so müsse man zunächst anerkennen, dass es immer wieder auch unvorhersehbare Situationen gebe. So seien etwa die gegenwärtige

Ölkatastrophe im Golf von Mexiko oder auch die verheerenden Folgen des Hurricane Katrina im Sommer 2005 in den südlichen Bundesstaaten neue Herausforderungen, mit denen umzugehen keine einfache Aufgabe sei.

Fest stehe aber, dass Obama die Reform des Immigrationsrechts, an der sein Vorgänger George W. Bush noch gescheitert war, voranbringen wolle. Trotz dieser konkreten Vorhaben könne man die zukünftigen Entwicklungen nur vage einschätzen. Insbesondere das Engagement in der Vereinigten Staaten im Irak und in Afghanistan werde hierauf Einfluss haben. Hinzu komme die weitere Entwicklung im Iran sowie im gesamten Mittleren Osten. Diese außenpolitischen Einflüsse führten im Zusammenfall mit den Zwischenwahlen zu einigen Unwägbarkeiten. Es sei regelmäßig davon auszugehen, dass die Partei, die auch den Präsidenten stellt, bei den Wahlen Sitze verliere, doch sei entscheidend, wie viele Sitze hier in Rede stünden. Ob diese Anti-Washington-Regel auch im kommenden November gelte, hänge stark von der Positionierung der Republikaner ab, die ihre Ziele noch nicht klar gefunden zu haben schienen. Derzeit versuchten beide Seiten ihre Wähler zu halten. Sollte es im November bei einer Mehrheit für die Demokraten bleiben, so stünden die Reformen im Energie- und im Finanzsektor sowie im Immigrationsrecht ganz oben auf der Tagesordnung. Neue Felder kämen hinzu. Insgesamt zeigte sich Janice G. Weiner von den bisherigen Leistungen Obamas sehr angetan, wenngleich es in einigen Bereichen noch Optimierungsbedarf gebe.

In der anschließenden Diskussion führte die Generalkonsulin auf Nachfrage, ob bei der Reform des Immigrationsrechts auch alle Demokraten hinter Obama stünden, aus, dass sie der Reform gute Chancen einrechne, zumal voraussichtlich auch ein Teil der Republikaner das Gesetzgebungsvorhaben mittragen werde. Ein Entwurf hierzu solle noch vor November präsentiert werden.

Ob hingegen in der Energiepolitik noch vor den Zwischenwahlen konkrete Konzepte vorgestellt würden, lasse sich nicht sagen. Dieser Politikbereich werde aber weiterhin im Mittelpunkt stehen. Im Hinblick auf die zunehmende Betroffenheit der südlichen Bundesstaaten von den Folgen klimatischer Veränderungen werde die Klimapolitik an Relevanz gewinnen.

Auf dem Gebiet der atomaren Sicherheit würden die USA gemeinsam mit der internationalen Atomenergiebehörde und ihren Partnerstaaten weiterhin das Konzept einer friedlichen Nutzung von Uran unterstützen, nicht jedoch dessen Verwendung zur Herstellung von atomaren Sprengköpfen. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch die Kooperation im Weltsicherheitsrat. Insbesondere im Hinblick auf die geographische Lage des NATO-Partners Türkei müsse man die Lage im Iran weiter verfolgen.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen den USA und der moslemischen Welt sei Obamas Rede in Kairo am 4. Juni 2009 ein wichtiger Faktor gewesen. Selbstverständlich arbeite auch jede amerikanische Botschaft auf der Welt an diesem Verhältnis, doch müsse man bedenken, dass dort überwiegend Entwicklungs- und Hilfsprogramme im Vordergrund stünden und der Fokus nicht so sehr auf sicherheitspolitischen Aspekten liege. Als Indikator für dieses Verhältnis könne aber vielleicht die Wahl einer Muslimin zur neuen Miss America angeführt werden.

Hinsichtlich der amerikanischen Afghanistan-Strategie führte die Generalkonsulin abschließend aus, dass es wohl keine weiteren Truppenaufstockungen geben werde. Vielmehr würden die Einheiten ab einem bestimmten Zeitpunkt langsam aus Afghanistan abgezogen. Die Regierung habe deutlich gemacht, dass es einen Entscheidungszeitpunkt für einen solchen Rückzug geben müsse, doch sei dieser wohl nicht in näherer Zukunft zu erwarten. Zeitgleich würden die USA ihre Mittel für zivile Maßnahmen aufstocken.